

itionsfabrikanten, die
en den Kollernband,
Pfeifenampagen, die
Tritt benutzen. Die
den Stahl geschrieben
werden. Diese Kam-
in der Presse geführt
der Lagen. Ich will
aber wenn es wahr
s die Zeitungen ihm
en nicht alles wieder-
auf dem Höhepunkt
seine Integrität wie-
mit Gewalt geschehen
edliche Mittel. Dieser
Streichung wie diese
lebenden Jellen, die
ter, daß bereits große
maßgebenden Jndu-
nd Frankreich erzielt
zur Verhärkung der
z seine innenpolitische
Die deutschen Wahlen
Kart, die in mir den
des Friedens verfolgt
ich den Willen der
ansässigen Volkes für

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonst
im Verk. M 1.80 m. Post-
bestellgeb. Preise freibl.
Preis einer Nummer
10 J.

In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Aussträgerinnen
jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.
Obst-Rosie Nr. 24
C. H. Gumbel Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Bieflinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Bieflinger in Neuenbürg.

Nr. 230.

Donnerstag den 2. Oktober 1930.

88. Jahrgang.

Der Sanierungsplan der Reichsregierung.

Berlin, 2. Okt. Der umfassende Wirtschafts- und Finanzplan, den die Reichsregierung gestern veröffentlicht hat, wird in der Einleitung bereits so eingehend begründet, daß die Ausführungen zu den einzelnen Positionen sich auf wenige Kernpunkte beschränken können. Es ergibt sich ohne weiteres aus der ganzen geographischen Arbeit, die hier teils schon ziemlich abgeklärten, teils in einer bestimmten Richtung festgelegt wird, daß die Reichsregierung demütig war, das große Problem synthetisch zu erfassen, d. h. daß man nicht bloß bemüht war, entsprechend den Ausfällen im Reichshaushalt Einsparnisse zu machen und für einen Mehrbedarf Geld auszuscheiden, sondern der ganzen öffentlichen Gebahrung des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine Zielrichtung, ja, einen Zwang aufzuerlegen, sich der Notlage dauernd anzupassen. In diesem Sinne ist man bei der ganzen Arbeit vom Arbeitslosen-Problem ausgegangen, das wiederum nur den Schmelzpunkt für die allgemeine Wirtschaftslage darstellt. Die Feststellung, daß der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr etwa 1,86 Millionen beträgt und im Januar voraussichtlich nur eine Million höher sein wird als jetzt, die weitere Erkenntnis, daß von dem angeblichen 11 1/2 Milliarden-ent des Reiches nach Abzug der Länderüberweisungen, Kriegs- und Reparationslasten nur 4 Milliarden für eigentliche Reichs- zwecke verbleiben, von denen wiederum zwei Drittel auf den Bedarf des Reichsarbeitsministeriums für die Arbeitslosenfür- sorge und ähnliche soziale Notwendigkeiten entfallen, gab der Reform die zwangsläufige Richtung. Denn es hätte keinen Zweck gehabt, etwa in diesen entscheidenden Positionen mit Hilfe der Beitragsverhöhung für die Arbeitslosenversicherung auf 6 1/2 Prozent eine neue Last von je 260 Millionen auf Arbeit- geber und Arbeitnehmer zu wälzen, wenn man nicht gleich- zeitig steuerliche und andere Entlastungen, vor allem Verminder- ung unnötiger Leistungen, eintreten lassen konnte, die einem weiteren Absinken der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft vor- zugen hätten. Die Ausgabenentlastung im Reichshaushalt für 1931 um eine runde Milliarde gegenüber dem jüngsten Vor- schlag für das laufende Jahr wird also auf der ganzen Linie durch Ausgabenentlastungen erreicht. Die Verringerung der Beamtengehälter, die mit Ausnahme der besonders auf- geführten Personen 6 Prozent beträgt, läßt von der allgemei- nen Erhöhung der Beamtengehälter, die vor rund 3 Jahren etwa 16 Prozent ausmachte, immerhin noch den größeren Teil übrig. Mit der Kürzung der Ueberweisungen soll bei Län- dern und Gemeinden die gleiche Maßnahme, für die freilich auch eine einfache Parlamentarismehrheit kaum genügen dürfte, durchgesetzt werden. Aber auch bei der Reichsbahn, deren Personal ja zum großen Teil unter Beamtenrecht steht, würde sich diese Gehaltsverminderung als eine zur Bilanzierung ihres Haushalts notwendige Ersparnis von mehreren Hundert Millionen auswirken. Der gute Wille scheint auf allen Seiten vorhanden, so daß z. B. in Preußen bei der Aufstellung des Etats bereits die Mitwirkung des Reiches herbeigeführt wird.

In Kreisen der Reichsregierung rechnet man offenbar da- mit, daß es doch gelingt, das Sanierungsprogramm auf dem verfassungsmäßigen Wege mit Hilfe des Reichstags durch- zuführen. Man glaubt nicht, daß sich die Sozialdemokratie einer Sanierung der Reichsfinanzen und beispielsweise der Kürzung der Beamtengehälter in einem Augenblick widersetzen kann, wo ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten voll- kommen beschäftigungslos ist. Dabei wird daran erinnert, daß ja auch vor kaum einem Jahr die große Bollnabende von einer großen Mehrheit des Reichstags angenommen wurde, obwohl die Aussichten vorher allgemein recht pessimistisch zu beurteilen waren. In politischen Kreisen unterstreicht man besonders das Verdienst des Reichsarbeitsministers Stegerwald von dem Sanierungsprogramm, der mit Mut und Verantwort- lichkeit die unpopulären Sparmaßnahmen seines Amtes auf sich genommen hat. Allerdings sind auch bei anderen Ministern starke Abstriche erfolgt. So ist der Etat des auswärtigen Amtes, der im Laufe des Jahres bereits mehrfach gekürzt wurde, auch diesmal weiter zusammenge- strichen worden und zwar so stark, daß die Bezüge der Beamten im Auslande um 21 Prozent herabgesetzt werden.

Die wesentlichste Schwierigkeit des ganzen Programms sehen wir unterstrichen in den Fragen, die mit den Ländern und Gemeinden zusammenhängen, namentlich in denen, die die Gemeinden direkt betreffen. Hierzu gehört be- sonders die Verminderung der Ueberweisungen. Der Anteil von Ländern und Gemeinden an dem Steuerertrag ist in dem Kommunalgesetz mit 288 Millionen angegeben worden; davon dürfte etwa die Hälfte, also rund 150 Millionen, auf die Kom- munen entfallen, wozu noch die Kürzung der Ueberweisungen von rund 100 Millionen auf Grund der Senkung der Beamten- gehälter tritt. Das macht im ganzen 250 Millionen. Man ist sich auch in Berlin klar darüber, daß es den Kommunen recht schlecht geht, namentlich haben die schlesischen und die des Ruhrgebiets mit erheblicher Arbeiterbevölkerung und damit besonders starker Arbeitslosigkeit unter der Ungunst der Ver- hältnisse besonders zu leiden. Man ist aber auch der Auffas- sung, daß sich bei den Kommunen vielfach erheblich sparsamer wirtschaften läßt, als es bisher geschieht.

Im übrigen ist zu hoffen, daß die schlimmsten Schwierig- keiten mit Hilfe des 80 Millionen-Fonds beseitigt werden könn- ten, der von der Vermögenssteuer abgesetzt wird. Auch in der Frage des Finanzengagements sind zweifellos noch lebhaftere Aus- einandersetzungen zu erwarten.

Im ganzen aber ist der erste Eindruck des Sanierungs- programms der Reichsregierung in politischen Kreisen recht günstig, vor allem deshalb, weil es zeigt, daß das Reichssta- bi mit den Kampf gegen die schweren Nöte des Reiches und der

Wirtschaft mit aller Energie aufgenommen hat. Wie weit die Parteien im Reichstag diesen Kampf praktisch unterstützen werden, das wird sich erst im Laufe der Verhandlungen über- sehen lassen, die der Kanzler mit den Führern eingeleitet hat.

Deutschland.

Berlin, 1. Okt. Wie der Amtliche preussische Pressedienst der Antwort des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf eine kleine Anfrage einiger Landtags- abgeordneter entnehmen, sind die Vertragsverhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen so weit gefördert, wie es die Schwierigkeit des Gegenstandes erlaubt. Ein Zeitpunkt für ihre Verabredung kann gegenwärtig noch nicht angegeben werden.

Der Streit um die Bauparasse der Gemeinschaft der Freunde.
Gemeinnützigkeit oder nicht.

Stuttgart, 1. Okt. Die Bauparasse der GbF. steht seit einiger Zeit im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, da von verschiedenen Seiten mehr oder minder heftige Angriffe gegen die GbF. laut geworden sind. Klarheit über die Stichhaltigkeit dieser Angriffe soll nun ein Beileidungsversuch bringen, den drei Direktoren und der Aufsichtsratsvorsitzende der GbF. gegen den Stuttgarter Journalisten Deutschhofen erhoben haben, da dieser in einer Versammlung der GbF. den Charakter der Gemeinnützigkeit abgesprochen hat. Er hat ihr außerdem vorgeworfen, daß sie ihre Gelder unrichtig verwenden würde und daß es überhaupt bei der GbF. nicht mehr stimmen würde. Begründet wurden diese Angriffe jetzt vor dem Amtsgericht in Stuttgart durch den Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Elsas, damit, daß die GbF. einem katholischen Familienheim in Stuttgart unter Vermittlung der Frau Staatspräsidentin Dr. Holz ein Darlehen von zunächst 50 000 Mark und später eines bis zu insgesamt 300 000 Mark gewährt und einen Zins von nur 4,5 Prozent berechnet habe, während sie auf Befragen freis erklärt habe, sie erhalte für dieses Darlehen 7 1/2 Prozent. Außerdem sei die erste Darlehensübergabe ohne daß ein Depo- sitenrecht vorgelegen habe, erfolgt. Das Depotenrecht sei erst später durch den damaligen Reichsfinanzminister Dr. Köhler gegeben worden, nachdem Direktor Schöner von der GbF. in Berlin vorgebracht habe. Als Junge für diese Behauptungen wurde der Verteidiger der klägerischen Direktoren und des Aufsichtsratsvorsitzenden benannt, der außerdem auf Antrag des beklagten Vertreters auch noch darüber gehört werden soll, daß das Direktionsgeheimnis bei der GbF. für die drei Di- rektoren allein mindestens 100 000 Mark im Jahr betrage und daß für den Vorstand 7 bis 9 Automobile gehalten werden. Da der Verteidiger der Kläger zugeben mußte, daß er im großen und ganzen über diese Dinge Bescheid weiß, wurde dem An- trag von Rechtsanwalt Elsas stattgegeben. Dies bedingt allerdings auch eine Verurteilung der Verhandlung, da die Kläger dadurch keinen Verteidiger zur Hand hatten. Die Verhandlung wird jetzt in drei Wochen stattfinden. Es ist damit zu rechnen, daß der Beklagte mit noch mehr aufwarten wird.

Augsburgs verweilte Finanzlage.

Augsburg, 1. Okt. Angesichts der äußerst ernsten Finanz- lage, in der sich die Stadt Augsburg befindet, befaßte sich der Stadtrat auf Grund der Reichsmotorenverordnung mit den neuen Steuerplänen. Bürgermeister Dr. Böhl wies in erschöpfender Darlegung auf die geradezu katastrophale Finanzlage der Stadt hin und warnte davor, dem Beispiel anderer Städte wie Mün- chen, Nürnberg usw. in der Verlegung der neuen Steuerpläne zu folgen, was einer völligen Verleumdung der realen Tatsachen gleichkäme. Es sei eine Fehlspekulation, wenn man glaube, der neue Reichstag werde bessere Ausblicke eröffnen. In der ziemlich stürmischen Plenarsitzung des Stadtrats, die mit zu- weilen ganz ordinären Zwischenrufen der Kommunisten gegen die bürgerlichen Parteien geführt wurde, versiefen die Angriffe des Finanzreferenten, Bürgermeister Ufermann, auf Er- hebung der Biersteuer, der Wohnungszugangssteuer, der Ge- meindegetränksteuer, der Feuerdruckabgabe und der Bürger- steuer dank der bürgerlichen Einheitsfront der Ablehnung. Rannsche steht bei einem Mehraufwand von 17,2 Millionen Mark, wovon allein 8,7 Millionen auf die vordringlichsten Wohnhaufteufwendungen entfallen, noch ein Fehlbetrag von 2,2 Millionen Mark gegenüber, während die Steuereinnahmen seit dem letzten Jahr um 800 000 Mark in der Gewerbesteuer, um 300 000 Mark in der Körperschaftsteuer, um 120 000 Mark im Geldbewertungsausgleich, um 100 000 Mark in der Ein- kommensteuer, um 50 000 Mark in der Haussteuer, um 30 000 Mark in der Vermögenssteuer, um 35 000 Mark in der Kraft- fahrzeugsteuer, um 20 000 Mark in der Grundwert- und Grundsteuer zurückgegangen sind. Ueber Einkünften im städtischen Haushalt konnte man nichts Positives hören.

Nach Reichsregierung in Sachsen?

Dresden, 1. Okt. Landesvorstand und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Sachsen erklärten in einer Ent- scheidung, sie erblicken in der Rheinlandschaffung für die Wirtschafts- und Finanznot neue Möglichkeiten und Notwen- digkeiten für eine aktive und entschiedene Außenpolitik unter dem Leitgedanken „Los von Versailles“. Die innenpolitische Voraussetzung hierfür sei „Los von der Sozialdemokratie“, was auch im Ergebnis der Reichstagswahlen als Wille der nicht sozialistischen Wählerschaft zum Ausdruck gekommen sei. Der erste Schritt für die Volkspartei sei die Forderung der Bildung einer Reichsregierung. Im Sinne dieser Entscheidung soll auch die Notwendigkeit der völkerverständlichen Landtagsfraktion und die Anregung der Wirtschaftspartei über die Regierungsabteilung in Sachsen gebildet sein.

Erste Sitzung des neuen braunschweigischen Landtags.

Braunschweig, 1. Okt. Der neugewählte braunschweigische

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile
oder deren Raum 25 J.
Reklame-Zeile 30 J.
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Auskunftsbeilage
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Mahnver-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifüber-
tragungen treten sofort alle
früher vereinbarten
außer Kraft.
Gerichtsstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für die Aufs. wird kein
Gewalt übernommen.

Landtag trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des ersten Präsidenten wurde der nationalsoziali- stische Abgeordnete Jörner mit 30 Stimmen gewählt. Der Abg. Kiese (Soz.) hatte 17 Stimmen erhalten. Drei Abgeor- dnete hatten sich der Stimme enthalten. Ein sozialdemo- kratischer Abgeordneter beantragte hierauf, die Sitzung zu unter- brechen. Nach Wiederaufnahme wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß man von dem Brauch, daß die linke Fraktion den Präsidenten zu stellen habe, abgesehen sei. Nach § 13 der Geschäftsordnung habe die linke Fraktion Anspruch auf den Präsidentenposten. Er stelle diese Geschäftsordnungs- widrigkeit fest. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abg. Kiese, zum zweiten Vizepräsidenten der bürgerliche Abg. Wessel gewählt. Hierauf erklärte Minister Dr. Japow, daß nach dem Ausfall der Wahlen vom 11. September das Staatsmini- sterium eine andere Zusammensetzung erfahren werde. Namens des Staatsministeriums erklärte er den Austritt der Minister.

Stinckbomben im Rathaus.

Hamburg, 1. Okt. Die Bürgerwehr begann am Mitter- nacht mit der zweiten Befragung der neuen Steuerunterlagen. Wäh- rend der teilweise sehr erregten Aussprache wurden von einer Tribüne Stinckbomben in den Saal geworfen. Außerdem wurde durch unbefugte Personen versucht, die Sicherungen aus den großen Schaltern herauszunehmen, um das Haus in Pan- lei zu versetzen. Diese Versuche hatten aber nur teilweisen Erfolg und konnten die Fortsetzung der Verhandlung nicht hindern. Ein kommunistischer Abgeordneter, der ohne Wort- erteilung eine wilde Schimpfkanonade gegen die sozialdemo- kratischen Führer begann, wurde von Kriminalbeamten aus dem Saal entfernt. Ein weiterer Kommunist wurde ausgeschlossen, weil er tätlich gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten vorging. Gegen 1/3 Uhr wurden von den Justiztribünen weitere Stinckbomben in den Sitzungssaal geworfen. Der Prä- sident ließ darauf die Tribünen durch die Polizei räumen. Gegen 3 Uhr morgens wurden die neuen Steuerpapiere mit den Stimmen der Koalitionsparteien endgültig angenommen.

Ausland.

Teillösung der Memelfrage.

Genf, 1. Okt. Der Völkerbundsrat behandelte am Dien- stag in öffentlicher Sitzung die deutsche Memelbesonderheit. Am Ratetisch hatte der litauische Außenminister Wap genommen. Die Verhandlungen begannen mit der Verlesung folgender Erklärung durch Reichsaussenminister Curtius: „Ich möchte dem Rat Mitteilung darüber machen, daß über die Memel- besonderheit in den letzten Tagen Unterhaltungen zwischen mir und dem Vertreter Litauens stattgefunden haben. Das Ergeb- nis dieser Unterhaltungen ist in Erklärungen niedergelegt worden, die wir ausgetauscht haben. Auf Grund dieser Er- klärungen bin ich zu meiner Genugtuung in der Lage, mit- teilen zu können, daß im Memelgebiet u. a. folgende Maßnah- men in Aussicht genommen worden sind: Das zur Zeit am- tierende Direktorium des Memelgebietes wird in der Weise umgebildet, daß anstelle der beiden bisherigen Landesdirek- toren zwei Angehörige der Mehrheitsparteien des bisherigen Landtages treten. Dieses Direktorium tritt nach dem Wahltag zurück und bleibt bis zur Einsetzung des neuen Direktoriums als geschäftsführendes Direktorium im Amt. Sobald nach dem Zusammentritt des neuen Landtages ernannt der Gou- verneur einen Präsidenten des Direktoriums, der das Ver- trauen des Landtages genießt, nachdem er zuvor über diesen Punkt die notwendige Fühlung mit den Parteien genommen hat. Im Allgemeinen ist eine neue Zusammenfassung der Wahlkreiskommission und der Stimmbezirkkommissionen in Aussicht genommen, die den Grundsätzen parlamentarischer Parität Rechnung trägt. Auch bezüglich des Kreises der wahl- berechtigten Personen sind die erforderlichen Maßnahmen ge- troffen zu dem Zweck, daß lediglich Personen, die memelländi- sches Bürgerrecht besitzen, zur Wahl zugelassen sind. Ebenso ist auch das Notwendige in Aussicht genommen zur Sicherstellung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Unter diesen Umständen kann ich die Punkte, die in meinem an den Rat gerichteten Antrag als dringlich bezeichnet waren, zu meiner Freude als erledigt ansehen und auf ihre weitere Diskussion heute im Rat verzichten.“ Nach der Erklärung Dr. Curtius' betonte der Berichterstatter für die Memelbesonderheit im Völ- kerbundsrat, Dambro-Norwegen, daß es sich bei der zwischen Deutschland und Litauen erzielten Verständigung nur um eine Teillösung handle. Er hoffe, auf der Januar-Tagung des Rates abschließend berichten zu können.

Englische Stimmen.

London, 1. Okt. Die Londoner Morgenpresse liefert bisher noch keinen Kommentar zu dem Budget-Programm der Brü- ningregierung, sondern beschränkt sich auf die Wiedergabe der Reden ihrer Berliner Korrespondenten. Meist wird über das Programm selbst mehr oder weniger ausführlich mitgeteilt und die Frage einer Diktatur vielfach nur gestreift. Der „Times“-Korrespondent erklärt, das Programm könne ver- fallen mit den Beileidungsmaßnahmen der Vergangenheit, wohl Vertrauen erwecken. Die drastischen Abstriche an den einzelnen Etats seien eine Rechtfertigung der Kritik des Reparations- agents. Auch der „Telegraph“ erwähnt die Kritik Karier Gilberts und kreist die Frage einer Durchsicht des Pro- gramms mit Hilfe des Artikels 48. Der „Daily Herald“, „Daily Express“ und „Daily Mail“ zeigen größeres Interesse für die Diktaturfrage. „Daily Herald“ hat auf der ganzen ersten Seite die Überschrift „Deutschland am Vorabend einer Diktatur“, und das Blatt behauptet, daß Reichspräsident von Hindenburg Dr. Brüning bereits dazu ermächtigt habe. Dazu sei allerdings eine außerordentlich weitreichende Auslegung des Artikels 48 erforderlich. „Daily Mail“ betont die Gelegenheit

Welt und zu bloß
zum zweiten Mal
auch den zweiten
Tiere waren für
in Filztrüben be-
halten, die es aber
fliegen zu bleiben.
Darauf wurde an
einen längeren Auf-
sicht.

Wien. (Zu-
sammenfassung der
der bürgerlichen
Sozialdemokratie
einzuführen.)
Stuttgart. (Zu-
sammenfassung der
die in dieser Lage
ist. Einzelheiten
u. a. darauf hin-
für die Länder ver-
nicht kommen. Mit
habe der Einzel-
teile, wie der der
Landwirtschaftlichen
deren Geschäfts-
bildung in den
Dies dürfte auch
bekannt sein. Was
ist ähnlich auch für
Jugendleistungen
nicht verboten ist,
freie ihrer Waren
lediglich. Nicht-
leistungs sind, aber
Schulung, und
und. Die Preise
Anzahl, und die
haben, wie hin-
unter einem un-
der die Preise für
Schulung der sehr
gedrückt sind. Der
Lage über zu hohe
zahlen, muß daher
werden. Auch die
überwiegende Teil
die Wirtschaft sei
einstellung. Ist
den", ist wichtig,
außerhalb der
dürfte nicht un-
gefallen und die
die Vereinbarungen
die Wirtschaft
werden.

brach in der Ver-
aus, der durch die
schließen ließ. Die
schwierige. Zwei-
schwierigen Kampf
ein weiteres An-
die Ursache des un-
bekannt. Auch
stellt.

Verfahren für Kom-
missionen, befinden sich
einer Studien-
die sich auf Ver-
deutscher Weisen,
und, Tausend und
in der Welt, die
und anderen ver-
schieden. Welche dem Ver-
geheimhaltet. Bei dem
der Welt, die
armen.

erste rein elektrische
Batter in Straß-
auf ihr Kind.

gepart, daß
konnte. Frau
in Wägen
Frau Eiser
Stunden auf

der ein Herr
wie damals
etwas ähnlich.

des Fräulein
Freude.
haben glücklichen.
das ist wohl
ernten. Scherz-
harnetow, der
es war.

Ritter allerlei
sehr Freude
und deren
das Schnee-

se Gesicht und
den lange und
Schmittgen mit

ame. Sie will
wichtig. Ein
Herzen. Ein
Ihre Stimme

u. Schmittgen!
Geschäft im
die Mutter, die
sehung folgt.)

just gebaut und letzter Tage in der evang. Stadtkirche in
Heinrich (Baden) eingeweiht. Das Weinheimer Orgelwerk
untersteht sich von der bisherigen Bauart, die noch zum Teil
auf der Bauart beruht, darin, daß es von den Tönen bis
zum Pfeifenventil rein elektrisch ist. Das neue Orgelwerk
besteht aus 30 Pfeifen und stellt eine Verbindung
der alten Bauart mit der modernen Technik dar.
Die Orgel weist eine sonst nicht erreichbare Präzision auf und
hat die Töne der Silbermannschen Barockorgel. Nach
einer Meinung von Dr. Veld (Weidberg) ist darin das
System der Zukunft des deutschen Orgelbaues zu erblicken.
Eine weitere Autorität, Universitätsmusikdirektor Professor
Dr. Gropius (Weidberg), äußerte sich dahin, daß das Instru-
ment wie ein Verschluss funktioniert.

Gefahren umsonst und auf Kosten. Die Sowjetregierung
in Tschistan hat ein Gesetz herausgegeben, wonach der bisher
in der Hand der Gefolgsleute übliche Brauch, einen Kaufpreis
an die Eltern der Braut zu zahlen, bei Strafe verboten wird.
Zum Teil nur in einem tatarischen Dorf die erste
heiratliche Hochzeit, wobei auch die Frauen zum erstenmal
unverheiratet am Hochzeitsmahl teilnahmen. Der Brautgamb
hatte seinen Kaufpreis für seine Braut an deren Eltern bezahlt,
was im Dorf sensationeller wirkte als die Entführung der
jüngsten Frauen. In gleicher Zeit oder Tagen die Kün-
stler in Syrien über die Vertreibung der jungen Frauen. Die
Wörter begreifen nicht, die Verheirateten aber können ange-
geben der Wirtschaftsweise weniger zählen. Das hat einen Ein-
fluss auf die Wirtschaftsweise, eine Art Kreditur
für die Brautgamb. Er bezahlt den Eltern den vollen
Preis, der Brautgamb aber zahlt ihm mit guten Wünschen den
Preis in Taten an. Was Frauen kosten? In Samarra
„kostet“ sie etwa 25 Dollar, in Bagdad nur 20 Dollar. An
den Kongo müssen tausend bis fünfzehnhundert Tausend Schil-
dinger gezahlt werden oder entsprechend viel Schafe, Schewe
der Stoffe. In Uganda bemerkt man eine Frau mit 20 Klei-
den und einer Nidab. Bei den Bantus müssen bis
zu 5 Schafen und im Somaliland bis zu einem Dutzend Hirschen
und Schafe gegeben werden. Die hinterindischen Volksstämme
schänken ein Mädchen mit einigen Schafen, Rind, Lichte, Weizen
und Bietel ein. In der Wandbühne wird das Mädchen
nach ihrem Gewicht mit der gleichen Gewichtsmenge Butter
bezahlt. Aber der billige Preis für eine Frau scheint bei den
vorherrschenden Völkern zu bestehen; für eine Schafel
Zehntausend kann man die Schönheit ihres Stammes erhalten.
Bei den Induanern Südamerikas endlich kostet sie eine gute
Haut.

Neueste Nachrichten.

München, 1. Okt. Reichspräsident von Hindenburg traf heute
vormittag mit dem scheidenden Reichspräsidenten in Beglei-
tung des Oberleutnants von Hindenburg ein. Am Bahnhof hatten
sich im Begriffe des Reichspräsidenten, der in Generalstabschef-
uniform war, der Reichspräsident in München, General von
Hindenburg, Oberbürgermeister Dr. Schöner, Polizeipräsident Koch und
Landespolizeipräsident Deumling eingefunden. Eine riesige Menschen-
menge drängte dem Reichspräsidenten am Bahnhofplatz. Die
Damen der Reichspräsidentin begleiteten sie. Der Reichspräsident setzte sofort die Fahrt im Auto-
zug nach Dietramszell fort.

Frankfurt a. M., 1. Oktober. Am 4. und 5. ds. Mo. findet
hier in der Hofkapelle ein Konzert der Nationalsozialisten,
Gau Hessen-Süd, statt. Der Gauvorsitzende hat die geplanten Ver-
anstaltungen unter freiem Himmel, d. h. den geschlossenen An-
wesenheit der Versammlungen in geschlossenen Räumen, Plakate
und Lagen durch die Stadt wegen Gefährdung der öffentlichen
Sittlichkeit und Sicherheit polizeilich verboten.

Berlin, 1. Oktober. Der heutige Reichsanzeiger veröffentlicht
die Verordnung über den Beitritt zur Reichsanstalt für Arbeitsver-
mittlung und Arbeitslosenversicherung, die bestimmt, daß der Beitritt
zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
in auf weiteres für das Reichsgebiet einheitlich 6,5 v. H. des maß-
gebenden Arbeitslohns beträgt.

Berlin, 1. Okt. Die von dem Reichspräsidenten geschaffene
Ehrendienst-Hindenburgorden, die seit dem Geburtstag ihres
Schöpfers und Vorgesetzten 425 000 RM aus. Rand 2200 besonders
schöne Reichsbediensteten, Reichsbediensteten und Veteranen
haben mit Beiträgen von durchschnittlich 200 RM bedacht.

Berlin, 1. Okt. Die heute im Reichsanzeiger veröffentlichte Ver-
ordnung über die Erhebung des Beitrags zur Reichsanstalt für Arbeits-
vermittlung und Arbeitslosenversicherung tritt nach Art. zwei der Ver-
ordnung am 6. Oktober ds. Mo. in Kraft.

Berlin, 1. Okt. Es waren, wie erinnerlich, Beschwerden im
Gange, um die Lohnsteuerrückstellungen für die Arbeiter. Es
handelt sich hier um 65 Millionen Mark, die sich auf rund vier Mil-
lionen Fälle verteilen. Die Bezahlung dieser Fälle würde einen
Verwaltungsapparat erfordern, dessen Kosten in keinem Verhältnis
zum Nutzen stehen würde, die Regierung hat indes, wie das Berliner
Tageblatt meldet, von der Erhebung abgesehen, um einen Konflikt
mit dem vormaligen aus der Welt zu schaffen.

Berlin, 1. Okt. Die Bildung eines Berliner Abendblattes über
die Veränderung des Reichstags zum 6. ds. Mo., ist, wie wir
unserer Seite erfahren, ungescheit. Am dem bisherigen Ter-
min, den 13. Oktober hat sich nichts geändert.

Berlin, 30. Sept. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte
den Staatssekretär Wolf wegen fortgesetzter schwerer Unterschlagung
in der Summe mit fortgesetztem Betrugs, sowie wegen Amtsunterschlagung
zu drei Jahren und drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren
Ehrverlust.

Berlin, 1. Okt. Gegenüber anderslautenden Mitteilungen in der
Presse ist darauf hingewiesen, daß auch die Bezüge der Angehörigen
der Armee und der Polizei den gleichen Kürzungsbestimmungen
unterliegen wie die Bezüge der Beamten. Kürzungsfrei bleiben all-
gemein die Bezüge bis zu 1500 Mark jährlich.

Berlin, 1. Okt. Reichsminister des Innern Dr. Curtius wird,
in der Hauptaufgabe der diesjährigen Völkerversammlung teil-
nehmen, am Donnerstag nachmittags nach Berlin zurückkehren. In
seiner Begleitung befinden sich der Reichspräsident, Reichsminister
Dr. Juchacz und Geheimrat Reinsch von An-
stetten. Die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation
werden voraussichtlich nach Schluß der Völkerversammlung am
Freitag nach Berlin.

Berlin, 1. Okt. Nach dem Entschluß des G.V.M.-Beamten Na-
tionalsozialisten sind in der Partei fortgesetzte Verhandlungen über
Kürzungen vorgenommen worden. Die „Kürzungsaktion“ erstreckt
sich vorläufig auf 40 Beamte der verschiedenen Rangstufen, darunter
auch Reichsbediensteten, Reichsbediensteten und Reichsbediensteten.
Die Kürzungen werden für die nächsten Wochen ausgeführt.
Reichsbediensteten wurden ihnen nicht gegeben.

Berlin, 1. Okt. In der Versammlung des schlesischen Na-
tionalsozialisten wurde eine Entschließung angenommen, in der die Rückgabe
des Reichslandes gefordert wird, die im Ausland angeblich mitge-
nommen habe. Es wurde ferner beschlossen, eine Nationalsozialisten-
Versammlung einzuberufen und die Pläne für die Errichtung von Nationalsozialisten-
Versammlungen gütig zu prüfen.

Leipzig, 1. Okt. Die Reichskonferenz wurde heute in dem so-
genannten Lokalsaal des Nationalsozialisten eröffnet, wo Minister-

präsident MacDonald die Teilnehmer im Namen der Regierung be-
grüßte. Mit Ausnahme des schlesischen Nationalsozialisten,
General Herzog, hat kein einziger der schlesischen Nationalsozialisten
jemals an einer Reichskonferenz teilgenommen. Der schlesische Minister-
präsident Cosgrove ist wegen Krankheit nicht erschienen. Die Tagung
wird über die sechs Wochen dauern.

London, 1. Oktober. Die bisherige deutsche Botschafter Dr.
Sikander und Frau sprachen heute im Buckingham-Palast vor, um
sich von dem König zu verabschieden. Sie wurden von dem König
und der Königin in den Privatkabinett empfangen und später zur
Frühstücksstunde eingeladen.

Beijing, 1. Sept. Die Stadt Peking, im südlichen Teil der
Provinz Kansu, wurde vor einem Monat von einer großen Räuber-
bande angegriffen. Die Bewohner der Stadt leisteten verzweifelte
Widerstand, waren aber nach vierstündiger Belagerung so erschöpft,
daß die Räuber in die Stadt eindringen konnten. Sie richteten unter
der Bevölkerung ein furchtbares Blutbad an. Noch hier vorliegenden
Berichten wurden 800 Einwohner niedergemetzelt. Nur die jungen
Mädchen blieben verschont und wurden von den Räubern verschleppt.

Tokio, 1. Oktober. Der Geheimrat hat dem Kaiser die An-
nahme des Londoner Flottenabkommens empfohlen. Das letzte Hin-
dernis gegen die Annahme des Abkommens durch Japan ist also be-
seitigt. Es wird erwartet, daß der Kaiser in zwei oder drei Tagen
das Dokument mit seinem Siegel versehen wird.

Tokio, 1. Okt. Der Geheimrat hat dem Londoner Flotten-
abkommen vorbehaltlos zugestimmt.

Newark, 1. Oktober. 11 der größten hiesigen Sparkassen
haben den Vorschlag für Depositionen von 4,5 auf 4 Prozent herab-
gesetzt.

Shanghai, 30. Sept. Wie amtlich gemeldet wird, hat in Tai-
schau das 21. Infanterie-Regiment gemutet. Die Meuterei über-
nahm der Kommandant und mehrere andere Offiziere. Der Ober-
befehlshaber der chinesischen Streitkräfte in Tai-shau mußte sämtliche
Truppen mobilisieren, um das meuterische Regiment zu entwaffnen.
Sämtliche Meuterer wurden handrechtlich erschossen. In Tai-shau ist
die Ruhe wieder hergestellt.

Weitere Spornmaßnahmen der Württ. Regierung.

Stuttgart, 1. Okt. Von unabhängiger Seite wird mitgeteilt:
Im Anschluß an die im „Staatsanzeiger“ vom 30. Juli d. J.
Nr. 175 veröffentlichten Spornmaßnahmen hat das Staatsmini-
sterium weitere beschlossen: 1. Es darf für den Rest des laufen-
den Planjahres sowie für die Planjahre 1931 und 1932 die
Zahl der nichtplanmäßigen Beamten und der Angestellten, wie
sie sich nach dem Stand vom 15. September für die einzelnen
Verwaltungen (Ministerien) ergibt, nicht überschritten werden.

2. Vom Tage dieser Beschlüsse ab dürfen ebenfalls für das
laufende Planjahr sowie für die Planjahre 1931 und 1932 frei-
werdende Stellen erst nach Ablauf von drei Monaten vom
Tag der Erledigung der Stelle (Freierwerden des Gehalts) ab
gerechnet wieder besetzt werden. Die mit dem Amt verbun-
denen Bezüge sind für die drei Monate unverändert einzubehalten;
die Gehalts der freigeordneten Beamtenstellen müssen
also während der Sperrzeit von anderen planmäßigen Be-
amten oder von dem nach Ziffer 1 zulässigen Personal nicht-
planmäßiger Beamten und Angestellten versehen werden, ohne
daß ein Mehraufwand entstehen darf. Bei Verletzung von Be-
amten auf Stellen derselben Verordnungsgruppe gilt die drei-
monatige Sperrfrist nicht. 3. Ausnahmen von den Sporn-
maßnahmen Ziffer 1 und 2 sind nur mit Genehmigung des Finanz-
ministeriums zulässig, wenn die Ueberbreitung der Zahl der
nichtplanmäßigen Beamten oder Angestellten oder die frühere
Verletzung einer Stelle durch ganz dringende dienstliche Be-
dürfnisse geboten ist.

Der Streit um die Waisparasse der Gemeinschaft der Freunde.

Stuttgart, 1. Okt. Vom Reichsverband der Waisparasse
Gemeinschaft der Freunde geht um folgende Mitteilung zu:
In der Presse wird ein Bericht verbreitet, der sich mit der
Verhandlung in einer Privatklage des Aufsichtsratsvorsitzenden
und der Geschäftsführer der Waisparasse Gemein-
schaft der Freunde gegen den Journalisten Dr. Schöner be-
zieht und sich im wesentlichen auf die ausführende Waisparasse eines
Beweisungsgehalts bezieht, mit dem der Angeklagte zu Beginn
der mündlichen Verhandlung hervortrat. In diesem Beweis-
angebot werden Frau Staatsrätin Wais und der frühere
Reichsfinanzminister Köhler in Verbindung mit geschäftlichen
Vorgängen, die der Angeklagte dem Angeklagten zu dürfen glaubt,
gebracht, und Behauptungen über Gehälter und sonstigen Auf-
wand aufgestellt. Im Zusammenhang damit heißt es, daß der
Rechtsbeistand der Kläger, Rechtsanwalt Justizrat Müller-
Heintz, als Jense für diese Behauptungen benannt, „angegeben“
habe, daß er im großen und ganzen über diese Dinge Bescheid
wisse. Diese tatsächlich unrichtige Darstellung ist geeignet, einen
irrigen Eindruck zu erwecken. Es ist deshalb geboten, ohne im
einzelnen den künftigen Ergebnissen dieses Verfahrens vor-
zugreifen, in Kürze zu erklären, daß die in dem Beweisangebot
aufgestellten Behauptungen vollständig unwahr sind. Auch in
der rein tatsächlichen Waisparasse der Verhandlung tritt jener
Rechtsbeistand: Da der benannte Jense, als Rechtsbeistand der
Kläger, zur Stelle war, gab es nach der Prozessordnung kein
Mittel, den Beweisangebot abzulehnen. Da bis zur Verneh-
mung eines Jense nur in seiner Unwesenheit verhandelt wer-
den darf und deshalb bis dahin Rechtsanwalt Justizrat
Müller-Heintz an seiner Aufgabe als Rechtsbeistand gebunden
gewesen wäre, wurde auf seinen Antrag unter Widerspruch des
Verteidigers des Dr. Schöners die Verhandlung vertagt.

Der Hochverratsprozeß. — Das Plaidoyer des Reichsanwalts.

Leipzig, 1. Okt. In Beginn des 7. Verhandlungstages
gegen die Reichswehrprozeß werden zunächst einige Rechts-
fragen erörtert. Der Angeklagte Schöner erklärt sich damit
einverstanden, daß gegebenenfalls auch seine für den „Völkischen
Beobachter“ geschriebenen Artikel zum Gegenstand der Beur-
teilung gemacht werden. Der Vorsitzende richtet dann noch die
Frage an den Reichsanwalt, ob vielleicht Zweifel entstehen
könne, ob politische Betätigung überhaupt oder nur eine ver-
fassungswidrige Betätigung der Anklage zugrunde zu legen
seien. Der Reichsanwalt erwiderte, daß er darauf in seinem
Schlußwort zu sprechen kommen möchte. Die Beweisaufnahme
wird sodann endgültig abgeschlossen. Reichsanwalt Dr. Nagel
beginnt darauf sein Plaidoyer. Die Verhandlung, deren Er-
gebnis nunmehr zu würdigen ist, führte der Reichsanwalt aus,
hat in der Öffentlichkeit erhebliche Beachtung gefunden. Ge-
wisshat nicht mit Unrecht. Denn es ist nichts Alltägliches, daß
sich Angehörige der Wehrmacht, des höchsten äußeren Wehr-
macht der Reichswehr, daß sich Männer, die in der Wehr-
macht Führerstellen bekleiden, Offiziere, unter der Anschul-
gung zu verantworten haben, den Sturz der verfassungsmäßig-
en Reichswehr vorbereiten zu haben. Es ist dies so wenig
etwas Alltägliches, daß der in den letzten Tagen verhandelte
Fall geradezu einen Einzelfall darstellt. Zum Teil ist die der
Verhandlung geschenkte Beachtung auf die Anschauung zurück-
zuführen, daß in diesem Verfahren die Absichten und Ziele der
Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu klären sein
würden, und einen Augenblick konnte vielleicht der Eindruck
entstehen, als gründe diese Anschauung Einfluß auf den Gang
der Verhandlung. Ich bin aber der Auffassung, daß der Senat
bereits zu erkennen gegeben hat, daß er in Uebereinstimmung
mit der Reichsanwaltschaft und mindestens mit einem Teil der
Dritten Verteidiger durchaus auf dem Standpunkt steht, daß
es sich um dieses Thema in dem vorliegenden Verfahren in gar

seiner Weise handelt, sondern daß es lediglich und ausschließlich
darauf ankommt, welches die Ziele und die Absichten der An-
geklagten gewesen sind und in welcher Weise diese ihre Ziele
zu erreichen versucht haben. Von vornherein spreche ich aus,
daß ich die Angeklagten der Vorbereitung des Hochverrats im
Sinne der Anklage für schuldig halte. Nachdem der Reichs-
anwalt sich sodann kurz über die Persönlichkeit der Angeklagten
ausgesprochen und sich über seine Auffassung über Stellung und
Aufgaben des deutschen Völkers verbreitet hat, führt er fort:
Die Angeklagten wollen als Programm für das Volk die
Durchführung des Befreiungskampfes haben. Dabei muß ich
nicht wundern, daß sie gar nie gemerkt haben, daß die Reichs-
regierung im Zusammenwirken mit den Regierungen der deut-
schen Länder diesen Befreiungskampf schon seit vielen Jahren
führt. Die Reichsregierung hat gekämpft für die Befreiung
des widerrechtlich besetzten Ruhrgebietes, die Befreiung der
sogenannten Sanktionsgebiete, die zweite Kölner Zone, sowie
für die Befreiung des gesamten Rheinlandes und sie führt
ihren Kampf weiter um die Wiedereinverleibung des Saar-
gebietes. Die Reichsregierung ist auf allen internationalen Ver-
sammlungen und Zusammenkünften vertreten gewesen, sowie
auf allen Abrüstungskonferenzen. Der Befreiungskampf ist
also in vollem Gange. Auch die Angeklagten werden kaum
bestreiten können, daß Erfolge doch gewiß schon erzielt worden
sind, gewiß nicht solche Erfolge, wie wir sie alle selbst wünschen
würden, jedoch muß um jede einzelne Krone eines Erfolges
lange Zeit hart gekämpft werden und gekämpft werden. Es ist
von Oberst Velt erklärt worden, daß diejenigen schweren Pro-
bleme, die die Offiziere bedrückt haben, auch bei den höheren
Kommandostellen empfunden wurden. Daher hätten die An-
geklagten keinen Anhalt dafür, daß etwa die Ansicht im Reichs-
wehrministerium durchaus anders wäre, vor allem keinen An-
halt dafür, daß das Reichswehrministerium das Volk entmen-
schen wollte. Wenn die Angeklagten das angenommen haben,
so können sie nur von einer grenzenlosen Selbstüberhebung
befallen gewesen sein. Die Angeklagten wollten damals was sie
wirklich befehle, nicht zur Kenntnis ihrer Vorgesetzten bringen,
sondern es sollte vorläufig vor den Vorgesetzten geheimhalten
werden. Daß sie ihre Pläne geheimhalten wollten, wird
erklärt, weil sie aus ihrer Unzufriedenheit herin ein aktives
Eingreifen des Volkes in die Politik herbeiführen wollten.

Im Anschluß daran nahm als erster Verteidiger Rechts-
anwalt Dr. Frank H. München, das Wort, der die Frei-
sprechung des Angeklagten beantragte, der vollkommen un-
schuldig sei. Der Verteidiger bezeichnete als Grundlage dieses
Prozesses die feindliche Art der Soldaten, der angeklagten des
sozialistischen Wehrprogramms mit der Möglichkeit rechnen
müsse, daß einmal ein Sozialdemokrat das Reichswehrmini-
sterium in die Hand bekomme. Wie solle, so fragte der Verteidiger,
der junge Soldat sein Leben opfern können, für Weissen,
die erklärten, sie kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt?
Der Jense der Wehr für die freihandige Erklärungen des
Reichswehrsoldaten. Im Reichswehrministerium liegt der Über-
gang vom reinen Soldatentum der Front zu den politischen
Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Volkes im Rahmen der
politischen Gesamtlage. Die Offiziere hätten sich hierüber ihre
Gedanken gemacht und sich von ihren Vorgesetzten zur Klärung
dieses Problems nicht genügend geklärt. Das ganze
Verfahren sei in der Ausbreitung der politischen Angst des Reichs-
wehrministeriums vor der Art der Wehrgegner. Man
schränke sich einfach vor der Presse von links. Man entscheide
Angenblick stelle sich das Ministerium nicht vor seine Offiziere.
Der Soldat habe dort das Vaterland über die Verfassung zu
stellen, wo die Verfassung in die Hände von Vaterlandsverrä-
tern geraten sei. Der Verteidiger schloß mit der Erklärung,
daß nichts anderes übrig bleibe, als den Gedanken an ein hoch-
verräterisches Unternehmen der Angeklagten fallen zu lassen
und aufzugeben zu lassen die Ehre des deutschen Soldaten. —
Dann trat eine Mittagspause ein.

Hauptmann und Regimentsadjutant Meindl setzte sich im
Prozeß gegen die Ulmer Offiziere als militärischer Verteidiger
für die Angeklagten ein. Es gibt, so sagte er, da, kaum einen
treueren, ehrlicher denkenden und sich selbst mehr in den Hinter-
grund stellenden Offizier als Ludin, der von seinen Mann-
schaften Blumen und Kartengrüße, sowie andere Liebesbeweise
in die Gefangenenzelle bekommen hat. Auch Schöner erweist
sich trotz seiner etwas rauhen Art gleichfalls der größten
Verteilung. Hauptmann Meindl vertrat die Auffassung,
daß man auch zu einer Verneinung der militärischen Delikte
des Ungehorsams, der Aufbegehren und der Erregung von
Ungehorsam gelangen müsse, weil die Angeklagten nicht eine
der Disziplin abtrübbende Haltung in die Truppe hineinge-
tragen hätten, sondern überall Gefühle der gleichen Art, wie sie
bei ihnen vorhanden waren, vorhanden. Er beantragt Frei-
sprechung in strafrechtlicher Hinsicht und Verweisung der Sache
auf den Disziplinarweg. Der morgige Tag soll das Plaidoyer
des letzten Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Juchacz, der den
Reichsanwalt und die Schlußworte der Angeklagten bringen.
Wie der Vorsitzende betonte, muß der Rest des morgigen Tages,
sowie der Freitag der Beratung des Urteils vorbehalten bleiben,
des voranschreitend am Samstag vormittag gegen 10 Uhr
verkündet werden wird.

Der Strafantrag.

Leipzig, 1. Okt. Wegen des Deliktes der Vorbereitung
zum Hochverrat beantragte der Reichsanwalt gegen alle drei
Angeklagten Schöner, Wendi und Ludin je zwei Jahre sechs
Monate Gefängnis, gegen Ludin und Schöner gleichzeitig Ent-
lassung aus der Reichswehr. Sollte das Gericht bei der Urteils-
findung die hier gemachten Auslagen über die Ziele der natio-
nalsozialistischen Partei zur Würdigung heranziehen, so be-
antragt der Reichsanwalt die Verurteilung der Angeklagten
damit in einer neuen Verhandlung weitere Zeugen über die
nationalsozialistische Partei gehört werden können und ferner
die Denkschrift des Reichsinnenministeriums über die natio-
nalsozialistische Partei zur Verlesung kommen.

Gindenburgs 88. Geburtstag.

Berlin, 2. Okt. Der Reichskanzler hat in nachstehendem
Schreiben dem Herrn Reichspräsidenten die Glückwünsche der
Reichsregierung zu seinem heutigen 88. Geburtstag über-
mittelt:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident! Durch die Gnade des
Himmels ist es Ihnen vergönnt, heute das 88. Lebensjahr zu
vollenden. Ich beehrte mich, als Reichskanzler und zugleich
namentlich der Reichsregierung Ihnen zu dem Ehrenfest die auf-
richtigsten Glückwünsche darzubringen. Ich gebe der Hoffnung
Ausdruck, daß dem deutschen Volke in Ihnen das Vorbild ihrer
unermüdbaren Pflichttreue noch lange erhalten bleiben möge.
Ich darf am heutigen Tag der großen Verehrung gedenken,
die Sie, Herr Reichspräsident, bei der gesamten Bevölkerung
unseres Vaterlandes genießen, und die gelegentlich Ihrer An-
wesenheit bei den Feiern der endgültigen Befreiung des Rheins
und der Pfalz sich ganz besonders zeigt. Ihr diesjähriger Ge-
burtstag fällt leider in eine Zeit besonders schwieriger politi-
scher und wirtschaftlicher Verhältnisse Deutschlands. Mit mir
vertraut aber Volk und Regierung darauf, daß es unter Ihrer
obersten Führung dennoch gelingen wird, die Schwierigkeiten
zu überwinden. Mit verehrungsvollen Empfehlungen ver-

bleibe ich, hochverehrter Herr Reichspräsident, Ihr sehr ergebener (gez.) Dr. Brüning."

Der Reichspräsident wird heute seinen Geburtstag zurechtgerufen in Dietrichsdorf verbringen und erst am Freitag nach München kommen. Er beabsichtigt, nach den Besichtigungsfahrten des Prinzen Leopold sich noch einige Tage Erholung in Dietrichsdorf zu gönnen, voraussichtlich bis nächsten Sonntag.

"Der Erste im Krieg, der Erste im Frieden, der Erste im Herzen seiner Mitbürger".

Berlin, 1. Okt. Der 83. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg gibt der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" Veranlassung, daran zu erinnern, wie der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, das Wort, das die Amerikaner für ihren Nationalhelden Washington prägen, auch auf den deutschen Reichspräsidenten anwandte: "Der Erste im Krieg, der Erste im Frieden, der Erste im Herzen seiner Mitbürger". Es gebe keinen lebenden Deutschen in irgend einem politischen Lager, der das gleiche Vertrauen genieße. Ähnlich äußert sich auch die "Börsenzeitung", die Hindenburg das Symbol der nationalen Idee für die Welt nennt. Er sei Träger bester Ueberlieferung deutscher Art, der Fels, an dem sich die Bogen aller innerpolitischen Dabers brücken. Der "Tag" schreibt: An seinem Ehrentage gehört der Marschall und Reichspräsident allen Deutschen; es wäre ein Frevel, ihn heute für vergängliche staatliche Formen oder für Kreise in Anspruch zu nehmen, deren Beziehungen zu ihm sich im Funktionellen

seines Präsidentenamtes erschöpfen. Hindenburg steht von Königsberg bis Lamsdorf, von Compiègne bis zum 14. September 1900; sein Leben hielt Schritt mit dem Auf und Ab unseres Volkes. Daß der greise Marschall noch die erste Morgenröte deutscher Freiheit erleben möge, das ist unser Geburtstagswunsch. Der "Aolanzenger" nennt die Pflichterfüllung, Selbstlosigkeit und Gerechtigkeit des Reichspräsidenten ein hohes Gut nach innen, wo der wütendste Parteihader vor der Person dieses Mannes ehrfurchtsvoll Halt zu machen müsse und ein hohes Gut nach außen, wo die kühle Tatsache, daß Deutschland diesen Mann an seiner Spitze hat, ihm ungeheuer viel an Achtung in der Welt zuzuerkennend habe.

Glückwunschkarten des Reichspräsidenten anlässlich der Hundertjahrfeier der staatlichen Museen.

Berlin, 1. Okt. Anlässlich der Hundertjahrfeier der Preussischen staatlichen Museen hat der Reichspräsident v. Hindenburg an den Generaldirektor der Museen, Dr. Waackholdt, das nachstehende Schreiben gerichtet, das der Reichsminister des Innern in seiner Festsprache in der Aula der Universität zur Verlesung brachte:

"Sehr geehrter Herr Generaldirektor! Zur heutigen Feier des hundertjährigen Bestehens der preussischen staatlichen Museen spreche ich meine herzlichsten Glückwünsche aus. Entstanden in schwerer Zeit, begaben die staatlichen Museen nach plötzlicher Entwicklung wiederum in schweren Tagen ihre Jahrhundertfeier mit der Eröffnung dreier bedeutender Neu-

bauten. Möge der glückseligen Lebenswille, der sich in der Durchführung der durch Gemütskräfte besonderer Art erschweren baulichen und inhaltlichen Erweiterung der Museen befindet, unserem Vaterlande erhalten bleiben und auch in Zukunft reiche Früchte tragen. Mit freundlichem Gruß (gez.) von Hindenburg."

Börsenrehabilitiert.

Berlin, 1. Okt. Wie der amtliche preussische Verordnungsblatt, hat in der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Börsenrehabilitiert, das Oberverwaltungsgericht folgendes Urteil gefällt: Die Entscheidung des Bezirksausschusses Berlin, Abt. I, vom 20. Mai 1930, wird dahin abgeändert, daß der Angeklagte mit einer Geldbuße in Höhe seines derzeitigen einkommensdienlichen Einkommens bestraft wird. Die haren Auslagen der Berufungskosten fallen dem Angeklagten zur Last.

In der Begründung des Urteils wird Oberbürgermeister Börsenrehabilitiert, daß er sein Amt korrekt geführt habe und ihm nur in der Belästigung ein allerdings schwerer Vorwurf zu machen sei. Da das Verfahren geheim war, läßt sich ohne die Kenntnis der Dinge, die zur Sprache kamen, kaum zu dem Urteil Stellung nehmen. Das Urteil bedeutet aber im großen und ganzen eine Rehabilitierung des Oberbürgermeisters. Börsenrehabilitiert wird zunächst dem Magistrat ein Urlaubsgesuch einreichen, das natürlich genehmigt werden wird. Während dieser Urlaubszeit wird dann Börsenrehabilitiert sein Pensionierungsgesuch übergeben. An eine Rückkehr des Oberbürgermeisters in sein Amt wird an dieser Stelle nicht gedacht.

Tuberkulösen-Fürsorgestelle.

Die nächste Sprechstunde findet am Samstag, 4. Oktober 1930, nachm. von 1/2 3 bis 5 Uhr, auf der Charlottenhöhe bei Calmbach statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

Neuenbürg.

Dr. med. Olshausen

vom 3.-20. Oktober

verreist.



Arbeiter-Radfahrer-Bereinigung "Solidarität" Birkenfeld.

Samstag den 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lokal "Röhle" unsere jährliche

General-Verammlung

statt. Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Wahlen, 3. Anträge, 4. Sonstiges.

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Die Verwaltung.



I.F.C. Birkenfeld 08, e.V.

Sportplatz bei der "Sonne" mit überdachter Zuschauer-Tribüne.

Sonntag den 5. Okt. 1930, Anfang nachmittags 3 Uhr

Lokalkampf!
Bez.-Liga-Wettspiel

1. F.C. 08 Birkenfeld

gegen

1. F.C. Pforzheim.

Vorher Bezirksliga-Reserven.



Ingelheimer Rotwein,

Lagerwein,

aus eigener Kelterung in bekannter vorzüglicher Qualität ein und empfehle ich denselben zu äußersten Preisen.

Ferner zur Sühmstoffbereitung garantiert reinen frisch gekelterten

Traubenmost

aus nur ansehnlichen Trauben.

Richard Weiß,

Birkenfeld - Wolfsheim,

Tel. 4049 Amt Pforzheim. Tel. 48 Spremlingen.

Neuenbürg.
Heute und morgen



Schlachtpartie
bei
Kirn.

G.-B. Birkenfeld.

"Sonne".

.... und schneeweiß

wird die
Wäsche
durch:

Ozonil
das vorzügliche
selbsttätige Waschmittel

Schwann-Obernhausen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 5. Oktober 1930

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. "Linde" in Oberhausen freundlichst einzuladen. Wir bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Wilhelm Schüller,

Sohn des + Wilhelm Schüller, Maurers und
Farrenhalters in Schwann.

Emilie Uhr,

Tochter des Wilhelm Uhr, Goldarbeiters in
Oberhausen.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Gräfenhausen.

Conweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 5. Oktober 1930

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. "Sonne" in Conweiler freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Wilhelm Kramer,

Sohn des Ernst Kramer, Landwirts.

Alara Duß,

Tochter des + Karl Duß, Mechanikers.

Kirchgang 11 Uhr in Conweiler.

Hochzeits-Karten

liefert rasch und preiswert

die **E. Meck'sche Buchdruckerei.**

Wir beginnen jeden 1. und 15. des Monats einen vom Fachlehrer selbstgeleiteten

Zuschneidekurs

für Damenbekleidung und Wäsche. Kursdauer 3-6 Wochen bei sechsständiger Arbeitszeit. Die gezeichneten Modelle können sofort praktisch ausgeführt werden. Anmeldungen für Mittags- und Abend-Nachkurse bei 4-5ständiger Arbeitszeit werden jederzeit angenommen. Nähere Auskunft erteilt **Zuschneideschule "Asmo" Pforzheim, A. u. M. Schwalb,** Ecke Deimlingstraße. - Tel. 1.

Bezirks-Konsumverein

Achtung! Mitglieder!

Ein Waggon schöne blaue

Pfälzer Trauben

zur Mostbereitung, der Str. zu 18.- Mk.,
trifft morgen ein.

Der Vorstand.

Das beschriebene Mittel
gegen Husten, Heiser-
keit und Katarrh, zu-
gleich ein ausgezeichnetes
Vorbeugungs-
mittel, sind u. bleiben
die bewährten "Kaiser's
Brust-Caramellen".
Ueber 15000 be-
gehrteste Zeugnisse.
Verlangen Sie stets

Kaiser's
Brust-
Caramellen
mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Droge-
rien und wo Plakate sichtbar.

Neuenbürg.

Von Samstag früh 8 Uhr

ab gibt es vor der Wirtschaft

Silberreifen prima

Weißkraut,

das Pfund zu 8 Pfennig.

Wirfing 5 Pfennig, Endi-

viensalat 7 Pfennig, sowie

alle Sorten von Gemüse.

Stuh, Ausrücker.

Junge

Hähnchen,

In fette

Suppenhühner

Pfund 1.30 Mk.

E. Lindemann,

Neuenbürg, Tel. 191.

Neue
Einien

la deutsches
Rauchfleisch

Frankfurter
Würstchen

E. Lindemann

Neuenbürg Tel. 191

Holzkaufzettel,

neues Formular,

vorrätig in der

E. Meck'schen Buchdruckerei.

Birkenfeld.

Gelbe

Speisefartoffeln

zu verkaufen.

Göthestraße 18.

